

Bekanntmachung

Anordnung eines Abbrennverbotes für Feuerwerkskörper

In Konkretisierung des § 23 der 1. Verordnung zum Sprengstoffgesetz wird zum Schutz der historischen Altstadt Goslar (Unesco-Weltkulturerbe) allgemeinverbindlich über die ohnehin gesetzlich bestehenden Abbrennverbote hinaus angeordnet, dass auch

am 31.12.2016 und am 01.01.2017

wegen der besonderen Brandempfindlichkeit der Gebäude in der **Altstadt** pyrotechnische Gegenstände der Klasse II (Kleinfeuerwerk, z. B. Raketen, Knallkörper usw.) nicht abgebrannt werden dürfen.

Dieses Verbot gilt für den Bereich der Stadt Goslar innerhalb der Grenzen Bahnlinie, Breites Tor, Okerstraße, Reiseckenweg, Zwingerwall, Wasserbreeke, Clausthaler Straße, Nonnenweg, von-Garßen-Straße, Schlüterstraße und Vitorwall. Der Bereich ist im anliegenden Lageplan dargestellt.

Gem. § 23 Abs. 1 1. SprengV ist es seit dem 01.10.2009 ebenfalls verboten, pyrotechnische Gegenstände in unmittelbarer Nähe von Kirchen, Krankenhäusern, Kinder- und Altenheimen sowie Reet- und Fachwerkhäusern abzubrennen. Damit gilt das Abbrennverbot auch in den betreffenden Bereichen der Goslarer Ortsteile.

Rechtsgrundlage

§ 24 Erste Verordnung zum Sprengstoffgesetz (1. SprengV) vom 31.01.1991 (BGBl. I S. 169), zuletzt geändert am 17.07.2009 (BGBl. I S. 2062) i. V. m. § 23 Abs. 1 und 2 1. SprengV.

Zu widerhandlungen können gemäß § 46 Ziff. 8b und 9 der 1. SprengV in Verbindung mit § 41 Abs. 1 Ziff. 16 und Abs. 2 des Gesetzes über explosionsgefährliche Stoffe (Sprengstoffgesetz – SprengG) vom 10.09.2002 (BGBl. I S. 3518) als Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße bis zu 50.000 € geahndet werden.

Anordnung der sofortigen Vollziehung

Gemäß § 80 Abs. 2 Ziffer 4 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) vom 19.03.1991 (BGBl. I S. 686) in der zurzeit gültigen Fassung wird die sofortige Vollziehung dieser Verfügung im öffentlichen Interesse angeordnet, so dass einem erhobenen Widerspruch die aufschiebende Wirkung versagt ist. Der Abwendung der Brandgefahr zum Schutz der historischen Altstadt ist der Vorrang zu geben gegenüber dem privaten Interesse des Einzelnen. Dabei überwiegt das Interesse der Eigentümerinnen und Eigentümer von Fachwerkhäusern, vor Brandgefahren durch das Abbrennen von pyrotechnischen Gegenständen geschützt zu werden, gegenüber dem nur geringfügig eingeschränkten Vergnügen, diese Gegenstände in der Silvesternacht abzubrennen.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diese Anordnung kann innerhalb eines Monats, vom Tage nach der Bekanntgabe an gerechnet, bei der Stadt Goslar, Fachbereich 2 – Kultur und Bürgerservice -, Charley-Jacob-Str. 3, 38640 Goslar, schriftlich oder zur Niederschrift Widerspruch erhoben werden.

Gegen die Anordnung der sofortigen Vollziehung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage beim Verwaltungsgericht Braunschweig, Wilhelmstr. 55, 38100 Braunschweig, schriftlich, zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle oder auf elektronischem Weg über das Elektronische Gerichts- und Verwaltungspostfach (EGVP) dieses Gerichts erhoben werden. Das Verwaltungsgericht Braunschweig kann auf Antrag die aufschiebende Wirkung des Rechtsbehelfs ganz oder teilweise wieder herstellen.

Goslar, 08.12.2016

Dr. Oliver Junk
Oberbürgermeister